

STADT AHRENSBURG - Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2013/099
öffentlich		
Datum 26.08.2013	Aktenzeichen II.7.1	Federführend: Herr Ropers

Betreff

Bericht Rechtsextremismus
- Fortschreibung des Berichts vom 12.06.2012

Beratungsfolge	Datum	Berichterstatter
Gremium		
Sozialausschuss	10.09.2013	
Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss	10.09.2013	

Finanzielle Auswirkungen:		JA	X	NEIN
Mittel stehen zur Verfügung:		JA		NEIN
Produktsachkonto:				
Gesamtaufwand/-auszahlungen:				
Folgekosten:				
Bemerkung:				

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt:

Die Verwaltung hatte angekündigt, regelmäßig einen Bericht zum Thema "*Rechtsextremismus und Gewalt – Sachstand zu den Themen: **Vorfälle, Aufkleber und Prävention***" abzugeben. Der letzte Bericht wurde im Sozialausschuss am 12.06.2012 unter dem Tagesordnungspunkt 7 vorgetragen. Des Weiteren hat der Bürgermeister im Sozialausschuss am 09.04.2013 unter TOP 10 „Kenntnisnahmen“ einen kurzen Sachstandsbericht zum Thema gegeben.

A. Verfassungsschutzbericht des Landes SH für das Jahr 2012

Der Verfassungsschutzbericht SH ist im Internet auf der Seite des Innenministeriums einzusehen.

Auf den Seiten 15 ff. wird ein Überblick über die rechtsextremistischen Bestrebungen in SH gegeben. Im Folgenden wird hier ein Auszug aus diesem Abschnitt wiedergegeben:

„Für die Bewertung der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch Rechtsextremisten im Jahr 2012 war die öffentliche Diskussion über von Rechtsextremisten begangenen Morde sowie über Verbotsanträge gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) von maßgeblicher Bedeutung. Eine nochmals erhöhte staatliche Wachsamkeit und nicht zu übersehende zivilgesellschaftlich getragene Empörung gegenüber rechtsextremistischen Bestrebungen haben dazu beigetragen, dass Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein im Berichtsjahr nur selten den Weg in die Öffentlichkeit gesucht haben. ...

... Die zurückgehende öffentliche Präsenz von Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein war auch eine Folge von geschwächten Führungsstrukturen bei den aktionistischen (neonazistischen) Rechtsextremisten und der NPD...

... Der aktionistische Rechtsextremismus ist gegenwärtig in Schleswig-Holstein zum großen Teil von weitestgehend unstrukturierten „autonomen“ Personenzusammenschlüssen geprägt, die sich durch die NPD nicht angesprochen fühlen und sich auch von den „Alt-Protagonisten“ aus dem Kreis der „Freien Nationalisten“ nicht anleiten lassen wollen...

Bei der Beantwortung der Frage, warum sich immer wieder junge Menschen dennoch von rechtsextremistischer Weltanschauung angezogen fühlen, spielt das Internet inzwischen eine zentrale Rolle. Dort steht rechtsextremistische Propaganda „unzensuriert“ massenhaft zur Verfügung. Die scheinbare Anonymität des Internet setzt zudem Hemmschwellen herab, unter anderem in sozialen Netzwerken Kontakt zu Rechtsextremisten aufzunehmen. Für das scheinbar anonyme Agieren im Netz besteht eine viel geringere Hemmschwelle, als sich in der Öffentlichkeit als Rechtsextremist zu „outen“. Zudem treffen Rechtsextremisten hierbei auf Gleichgesinnte. Anstelle öffentlicher Empörung erfahren sie Bestätigung für die „Richtigkeit“ ihrer außerhalb der Verfassungsnorm liegenden Weltanschauung. Die Erkenntnis, nicht allein zu sein, erzeugt gleichzeitig ein Gefühl von Überlegenheit und Stärke. Diese Umstände begünstigen einen Prozess der Selbstradikalisierung bzw. der Verstärkung bereits vorhandener latenter rechtsextremistischer Einstellungsmuster.

Die Zahl der erfassten Rechtsextremisten hat sich trotz eines leichten Rückganges der Mitgliederzahl der NPD gegenüber dem Vorjahr geringfügig von 1.170 auf 1.220 erhöht. Die größte Gruppe darunter bilden die sogenannten „Subkulturellen“ mit 630 Personen. Von besonderer Bedeutung für die Bewertung der Sicherheitslage sind auch die 210 „überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierten Rechtsextremisten“. Aufgrund der zunehmenden politischen Zurückhaltung der „Subkulturellen“ stellt dieses Potenzial die Sicherheitsbehörden vor besondere Herausforderungen...

...Wenn bisher bekannt gewordene Rechtsextremisten sich nicht mehr einschlägig betätigen, ist sowohl eine Herauslösung aus der Szene als auch eine Hinwendung zu klandestinen (heimlichen) Organisations- und konspirativeren sowie gefährlicheren Aktionsformen denkbar. Es wurden 533 Straftaten gemeldet. (hauptsächlich Verwendung von verfassungsfeindlichen Symbolen) Das ist ein Rückgang von 28 gegenüber 2011. Die Zahl der darin enthaltenen Gewalttaten reduzierte sich ebenfalls von 27 auf 23.

Ursächlich für den Rückgang der rechtsextremistischen Gewalttaten dürfte in erster Linie die durch den „Verfolgungsdruck“ ausgelöste Unterlegenheit der gewaltbereiten, aktionistischen, rechtsextremistischen Szene sein. Der offenkundig aus taktischen Gründen geübte derzeitige weitgehende Verzicht auf Gewalt gegenüber politischen Gegnern dürfte erfahrungsgemäß bei sich wieder ändernden Kräfteverhältnissen nicht dauerhaft sein.“

Über Stormarn und den Großraum Lübeck wird in dem Bericht auf Seite 49 ff. Folgendes gesagt:

„Der Großraum Lübeck gehört nach wie vor zu den regionalen Schwerpunkten des Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein...

... In Lübeck fand mit dem alljährlichen Gedenkmarsch „Bomben für den Frieden?“ wiederum die bedeutendste Veranstaltung der schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten statt. Dominierende Person in der Region ist der Neonazi und NPD-Kreisvorsitzende Jörn Lemke...

... Trotz leicht zurückgehender Mitgliederzahlen sind die NPD-Strukturen in Lübeck immer noch vergleichsweise deutlich ausgeprägt. Zurückzuführen ist das wohl wiederum im Wesentlichen auf die Aktivitäten des Lemke.

Neben den vorstehend beschriebenen, seit langem bestehenden Strukturen hat sich im südöstlichen Landesteil eine neue Gruppierung gebildet, die unter dem Namen Aktionsbündnis Lübeck/Stormarn (ABLS) firmiert. Laut „Selbstauskunft“ soll diese Gruppierung aus einem Zusammenschluss der „Autonomen nationalen Sozialisten Stormarn“ und des „Nationalen Widerstandes Lübeck“ entstanden sein. Unter der Rubrik „Wer wir sind - Was wir wollen“ wird der Nationale Sozialismus als das politische Ziel des ABLS genannt. Unter der Rubrik „Aktionschronik“ wird auf der Internetpräsenz aufgelistet, an welchen Veranstaltungen das ABLS bereits teilgenommen hat. Auffällig ist hier, dass Aktivisten des Bündnisses teilweise auch weite Strecken in Kauf nehmen, um an Demonstrationen teilzunehmen...

...Eine enge Zusammenarbeit scheint es mit dem Hamburger Nationalkollektiv (HNK) zu geben. So konnte man auf mehreren Veranstaltungsberichten nachlesen, dass das ABLS mit dem HNK zusammen zu Veranstaltungen fährt und auch gemeinsame Aktionen durchgeführt wurden. Aufschluss über die aktuelle Mitgliederzahl des ABLS gibt ein Propaganda-Video im Internet. Hier sind ca. 14 verummte Personen zu erkennen, die zumindest dem engeren Umfeld des ABLS zugerechnet werden müssen.

*Im **Kreis Stormarn** gehen die maßgeblichen Impulse für rechtsextremistische Aktivitäten neben dem ABLS vom NPD-Kreisverband Lauenburg/Stormarn aus. Die Lage im Kreis stellt sich derzeit entspannter dar, als noch vor Jahresfrist. Die im Verfassungsschutzbericht 2011 beschriebenen Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsextremistischen Gruppierungen konnten im Jahr 2012 nicht mehr beobachtet werden. Die aktionistische Szene im Kreisgebiet kann insgesamt als exemplarischer Beleg für veränderte Strukturen im aktionistischen Rechtsextremismus bewertet werden. Führungspersonen und Aktivisten sind kaum auszumachen. Dementsprechend gibt es auch keine regelmäßige Einbindung in überregionale Aktivitäten, die von den Protagonisten der Neonazi-Szene gesteuert werden.*

Auch im Kreis Herzogtum Lauenburg gibt es eine gefestigte rechtsextremistische Szene. Herausragend waren in Ratzeburg und Mölln verübte Sachbeschädigungen und Farbschmierereien. Dominierend ist hier die „Nationale Offensive Herzogtum Lauenburg“ (NASO-LB), die schon in der Vergangenheit immer wieder durch provokative Aktionen auffiel“.

Ahrensburg wird in dem Verfassungsschutzbericht nicht ausdrücklich erwähnt.

B. Vorkommnisse mit rechtsextremen Hintergrund in Ahrensburg

— Plakatierung und Flyer

Von Juli 2012 bis zum 14.08.2013 sind 82 Aufkleber bzw. Schriftzüge mit rechtsextremistischem Hintergrund dokumentiert und entfernt worden.

Lediglich in einem Fall war der Schriftzug ca. 50 cm hoch, im Übrigen waren die Aufkleber und Zeichen kleiner als 20 cm.

Mehrere Bürger meldeten, dass sie bereits selbst Aufkleber mit rechtsradikalem Hintergrund entfernt hätten.

— Polizeimeldungen

Hinsichtlich der im Mai 2012 erfolgten Sachbeschädigung zum Nachteil der Moschee ist das Verfahren eingestellt worden, da die Täter nicht ermittelt werden konnten. Sollten neue Erkenntnisse auftauchen, werden die Ermittlungen wieder aufgenommen.

Vom 12.06.2012 bis zum 31.12.2013 sind folgende Vorfälle registriert worden:

2. Plakatierung zum Todestag von Rudolf Heß am 17.08.2012

3. Zwei Taten gem. § 86 a StGB: 1 x Hitlergruß 1 x Heil-Hitler-Ruf

Im Zeitraum 01.01.2013 bis 19.07.2013 sind 17 Fälle politisch motivierter Kriminalität aus dem Phänomenbereich Rechts angezeigt worden.

— Dabei handelt es sich in 15 Fällen um Verstöße gem. § 86 a StGB (Verwenden von Zeichen und Symbolen verfassungswidriger Organisationen)

— zwei Fälle von politisch motivierten schriftlichen Beleidigungen.

Die hohe Zahl der o. g. Verstöße gem. § 86 a resultiert aus einer aufgeklärten Serie von zwölf Fällen von Farbschmierereien, für die zwei Jugendliche aus Ahrensburg verantwortlich sind. Unter anderem wurden Hakenkreuze an Gebäuden und Fahrzeugen geschmiert. Die zur Tatzeit 14 bzw. 15 Jahre alten Jungen sind nach derzeitiger Kenntnis nicht politisch motiviert und nicht politisch organisiert.

In den übrigen Fällen wurden nationalsozialistische Parolen gerufen oder ebenfalls Hakenkreuze geschmiert.

Nachfolgend die vergleichende Aufstellung politisch motivierter Kriminalität (PMK):

Ahrensburg	2011	2012	01.01. bis 19.07.2013
Rechts PMK	4	9	17
PKK Gewalt	0	0	0
PMK Terror	0	0	0
Gesamt	4	9	17

— **Meldungen der Schulen**

Auf der Schulleiterkonferenz am 20.08.2013 wurde das Thema ausführlich diskutiert. In den Schulen wurden keine rechtsextremistischen Taten von Schülern wahrgenommen. Es wurde vereinbart, dass die Schulen über rechtsextremistische Handlungen, die auch sie betreffen könnten, informiert werden.

— **Meldungen der Jugendeinrichtungen**

Es gibt Hinweise, dass gewalttätige Übergriffe auf dem Stadtfest einen ausländerfeindlichen Hintergrund hatten(siehe auch Meldung der Polizei).

Die Mitarbeiter/innen in den Jugendeinrichtungen wurden nicht mit rechtsextremistischen Äußerungen oder Einstellungen von den Besuchern konfrontiert. Gleichwohl wurden ausländerfeindliche oder Menschen herabwürdigende Sprüche registriert. Es entspricht dem pädagogischen Konzept der Einrichtungen, dass solche Äußerungen als Anlass für eine grundsätzliche Diskussion genutzt werden. Durch ihre anlassbezogene, direkte Pädagogik trägt die offene Jugendarbeit stark zur positiven, emotionalen und intellektuellen Entwicklung von Jugendlichen bei.

- **Über die E-Mail-Adresse infoline@ahrensburg.de** sind im Berichtszeitraum insgesamt vier Meldungen eingegangen. Alle wiesen auf Schmierereien mit rechtsextremen Inhalt oder Aufkleber hin. Weitere Meldungen folgten telefonisch und wurden zwecks Entfernung an den Bauhof weitergeleitet.

C. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen „rechtsextremistisches Gedankengut“

- **Runder Tisch Ahrensburg für Zivilcourage und Menschenrechte - gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus (im Folgenden: „Runder Tisch“)**

Der am 23.02.2012 gegründete „Runde Tisch“ hat sich im Berichtszeitraum viermal getroffen (27.09.2012, 11.12.2012, 14.02.2013, 23.05.2013). Die ersten Sitzungen waren u. a. geprägt von der Diskussion über den Namen und das Selbstverständnis. Diese Diskussion ist abgeschlossen. Der Name ist festgelegt und am 23.5.2013 sind eine „Selbstverständniserklärung“ (**Anlage 1**) und ein Schriftstück zur „Struktur und Arbeitsweise“ (**Anlage 2**) beschlossen worden.

Vertreter des Runden Tisches haben ständigen Kontakt zu den anderen im Kreis tätigen Initiativen z. B. in Glinde und wirken im Antirassistischen Bündnis Stormarn (arabues) sowie in den anderen im Bericht erwähnten Foren mit.

Der „Runde Tisch“ hat folgende Aktionen organisiert, angeregt oder unterstützt:

- „Gang des Erinnerns“ (an die Reichspogromnacht) am 09.11.2012, an dem ca. 300 bis 400 Personen teilnahmen. Auch für dieses Jahr ist wieder ein solcher „Gang des Erinnerns“ für den 9. November angemeldet und wird derzeit vorbereitet.
- Beim Antirassistischen Fußballturnier am 06.07.2013 war der „Runde Tisch“ wie auch schon 2012 mit einem Informationsstand vertreten.
- Ausstellung „Tatort Stadion“ betreffend Rassismus und Diskriminierung, insbesondere in Fußballstadien vom 04. – 15.11.2013 im Rathaus
- Der nächste „Runde Tisch“ am 05.09.2013, zu dem auch alle Stadtverordneten eingeladen sind, befasst sich mit den Themen „Ansatzpunkte und Probleme antifaschistischer Bewusstseinsbildung bei Schülerinnen und Schülern“ und „Zivilcourage als Basis für zivilgesellschaftliche Kompetenz“.

Dem „Runden Tisch“ ist es gelungen, dem Thema Zivilcourage und Menschenrechte und dem Einsatz gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus eine allseits anerkannte Plattform zu geben.

- **Antirassistische Fußballturniere** wurden am 14.07.2012 und am 06.07.2013 auf dem Stormarnplatz durchgeführt. Ein drittes fand am 02.12.2012 um den „Anneliese-Oelte-Pokal“ in der Stormarnschule statt. Veranstaltet wurden die Turniere vom FSV Roter Stern Kickers 05 Ahrensburg.
- **Das Netzwerk Migration und Integration** engagiert sich für die bessere Integration von Zugewanderten und aller hier lebenden Menschen. Es trifft sich viermal im Jahr und ist zusammengesetzt aus ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, Vertretern/innen von Institutionen und der Stadtverwaltung. Vom 18.08.2013 bis zum 15.12.2013 veranstaltet es auch dieses Jahr wieder den Interkulturellen Herbst. Das Kulturzentrum Marstall, die VHS, das Kinderhaus Blauer Elefant, das Peter-Rantzau-Haus, die Stormarner Werkstätten, der Islamische Kulturverein, der „Runde Tisch“ u. a. bieten ein buntes Programm zum Thema Integration und Antidiskriminierung.

D. Aktivitäten und Arbeitskreise auf Landes- und Kreisebene

- Der **Kreis Stormarn**, Fachbereich Jugend, Schule und Kultur, hat mehrere Sitzungen der **Fachplanungsgruppe I** zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt (25.02.2013, 15.04.2013, 10.06.2013).

Die Protokolle und deren Anhänge sind als **Anlage 3** beigefügt.
Unter anderem plant die VHS Bargtheide 2014 in Kooperation mit dem Jugendschutz Stormarn eine regionale Fortbildung für Lehrkräfte und Fachkräfte aus der Jugendarbeit.

Ebenso plant der Kreis Stormarn Jugendschutz in Kooperation mit der Jugendarbeit des Kreises und der Stadt Bad Oldesloe am 20.11.2013 in Bad Oldesloe einen Fachtag zum Thema Alltagsrassismus.

- Die Landesregierung hat im Rahmen der Regionalisierung des Kampfes gegen Rechtsextremismus ein **Regionales Zentrum für Demokratieentwicklung für das Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Lübeck** ins Leben gerufen. Projektziel ist der „Aufbau einer Institution zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und zur Förderung demokratischer Prozesse und Werte“. (**siehe Anlage 4**)
- Am 01.09.2012 sowie am 30.04.2013 fanden auf Einladung des Bürgermeisters der Stadt Ratzeburg sowie des Beratungsnetzwerks Rechtsextremismus Schleswig-Holstein und des RAA Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg in Ratzeburg bzw. in Lübtheen die **2. und 3. Regionalkonferenz gegen Rechtsextremismus** statt. In diesen Regionalkonferenzen wirken Vertreter von öffentlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus den Kreisen Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und der Stadt Lübeck zusammen. Im Anhang das Ergebnis der 3. Regionalkonferenz zur Kenntnis (**siehe Anlage 5**).

E. Präventive Maßnahmen auf pädagogischer- und Alltagsebene

Die Stadt Ahrensburg bietet ein breit gefächertes Angebot für Kinder und Jugendliche. Sie betreibt eigene Einrichtungen und unterstützt Freie Träger der Jugendhilfe bei ihrer Arbeit.

Diese Maßnahmen wirken generalpräventiv gegen Rechtsextremismus:

- Sie schaffen Kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten
- Sie bieten Raum für soziales Lernen und Engagement
- Sie helfen Interessen zu entwickeln
- Sie bieten soziale Unterstützung und Beratung in Krisensituationen
- Sie unterstützen die Entwicklung sozialer und kommunikativer Kompetenz
- Sie fördern die Integration von Migranten/innen
- Sie bieten außerschulische Bildungs- und Qualifizierungsangebote
- Sie unterstützen die Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Die Schulsozialarbeit unterstützt Schüler/innen:

- In Krisensituationen durch Einzelhilfe
- Bei der Erlangung eines Schulabschlusses
- Bei der Entwicklung und Förderung von musischen, sportlichen oder sonstigen Interessen
- Durch Präventionsangebote (wie z. B. Antimobbing-, Konfliktlotsenausbildung)

Stadtjugendring und Kinder- und Jugendbeirat fördern durch ihre kontinuierliche Arbeit die Partizipation der in Ahrensburg lebenden Kinder und Jugendlichen und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der demokratischen Kultur.

Ein besonderes Ziel der Jugendarbeit ist die Stärkung von Toleranz gegenüber Menschen anderer Herkunft, Weltanschauung und Lebensweise.

Durch ihre Angebote versucht die Jugendpflege zu bewirken, dass sich Kinder und Jugendliche entsprechend dem Menschenbild des Grundgesetzes zu eigenverantwortlichen, couragierten und sozial kompetenten Persönlichkeiten und damit zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Sie wirkt sozialer Deklassierung, Entwertung der Persönlichkeit und kultureller Verarmung planmäßig entgegen und versucht damit, u. a. dem Rechtsextremismus seinen Nährboden nachhaltig zu entziehen.

Michael Sarach
Bürgermeister

Anlagen:

- Anlage 1: Selbstverständniserklärung
- Anlage 2: Schriftstück zur „Struktur und Arbeitsweise“
- Anlage 3: Protokolle und Anhänge
- Anlage 4: Projektziel
- Anlage 5: Ergebnis der 3. Regionalkonferenz